Schmelz/Schwarzer

UVP-G

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000

Kommentar

MANZ

Kommentar zum Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000

von

Dr. Christian Schmelz
Rechtsanwalt

und

Univ.-Doz. Dr. Stephan Schwarzer
Wirtschaftskammer Österreich

Wien 2011
Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag: *Schmelz/Schwarzer,* UVP-G (2011) § . . . Rz . . .

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-08112-6

© 2011 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Telefon: (01) 531 61-0
E-Mail: verlag@MANZ.at
www.MANZ.at
Druck: FINIDR, s.r.o., Český Těšín

Vorwort

Sein Drängen auf die Bühne der Gesetzgebung seit 1985 mobilisierte massive Widerstände. Seien wir uns ehrlich: Ohne europarechtliche Notwendigkeit wäre das österreichische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G) 1993 nicht erlassen worden. Zu stark waren die Einwände, die UVP würde die Kompetenzverteilung über den Haufen werfen, wäre ein bürokratisches Monster und schädlich für den Wirtschaftsstandort. Aber nun hat es bereits das fünfzehnjährige Jubiläum hinter sich. Kontroversiell sind die Standpunkte zum UVP-G geblieben, immer noch scheiden sich an ihm die Geister. An Versuchen hat es nicht gefehlt, das UVP-G durch gesetzgeberische Nachbesserungen zu kurieren. Ist es dadurch besser, reifer, ausgewogener geworden?

Der vorliegende Kommentar bemüht sich um ein objektives rechtsdogmatisches Bild vom heute gültigen UVP-Recht, in dem sich die Erfahrungen der jetzt schon langjährigen Vollzugs- und Rechtsprechungspraxis ebenso niederschlagen wie der heutige Stand der Lehre. Er scheut nicht davor zurück, herrschende Meinungen und Verwaltungspraktiken in Frage zu stellen und neue, aus unserer Sicht besser abgestützte Lösungswege anzubieten. Er versucht, die Charakteristika des UVP-G vor dem rechtssystematischen, europarechtlichen und verfassungsrechtlichen Hintergrund verständlich zu machen.

Viele der klassischen Fragestellungen, die sich schon durch die legislative Debatte vor 1993 gezogen haben, warten noch immer auf eine Auflösung. Wen treffen welche Ermittlungslasten? Wie weit kann die Behörde in die Projektgestaltung eingreifen? Sind kurze, schlanke UVP-Verfahren bei klugem Verfahrensmanagement möglich? Wie können sich Betroffene dagegen wehren, wenn ein gesetzlich gebotenes UVP-Verfahren ausbleibt?

Das UVP-G besetzt eine der wichtigsten Nahtstellen zwischen Wirtschafts- und Umweltbelangen. In der Pipeline der UVP-Verfahren stecken Infrastruktur- und Anlagenvorhaben im Wert von einigen Milliarden Euro. Ihnen steht das Bedürfnis nach der Erhaltung von Landschaften und Lebensräumen und der Vermeidung zusätzlicher Emissionen entgegen. Nicht zu übersehen ist das Bemühen des Gesetzgebers, „Jedem das Seine“ zu geben, aber kann ihm der Spagat gelingen?

Gerade um das Finden der richtigen Balance geht es in diesem Kommentar. Zwischen den Extrempolen Verhinderungs- und Durchsetzungsinstrument spannt sich ein breiter Bogen, innerhalb dessen es den Standort des UVP-G je und je zu lokalisieren gilt. Nach der Intention des Gesetzgebers sollen die Spielregeln des UVP-Verfahrens für die Akteure berechenbar, fair und praktikabel sein. Dazu möge der vorliegende Kommentar, der an die von Lehre und Rechtsprechung freundlich aufgenommene Vorauflage von Martin Köhler und Stephan Schwarzer aus 1997 anschließt, einen Beitrag leisten.

Dank schulden die Autoren *Thomas Wimmer, Barbara Wladasch* und *Elisabeth Furherr* für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Erstellung des Manuskripts.

Kritische Anmerkungen sind den Autoren willkommen. Das Manuskript wurde mit dem Stand vom 1. Juni 2011 abgeschlossen.

Wien, im Oktober 2011

Christian Schmelz
Stephan Schwarzer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort III
Abkürzungsverzeichnis XI
Verzeichnis der Leitfäden und Regelwerke XIX

Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000)

Vorbemerkungen 1

1. ABSCHNITT
Aufgabe von Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung

§ 1. 17
§ 2. Begriffsbestimmungen 31
§ 3. Gegenstand der Umweltverträglichkeitsprüfung 57
§ 3 a. Änderungen 116

2. ABSCHNITT
Umweltverträglichkeitsprüfung und konzentriertes Genehmigungsverfahren

§ 4. Vorverfahren und Investorenservice 140
§ 5. Einleitung der Umweltverträglichkeitsprüfung 153
§ 6. Umweltverträglichkeitserklärung 176
§ 7. Zeitplan 206
§ 8. *entfällt* 217
§ 9. Öffentliche Auflage 218
§ 10. Grenzüberschreitende Umweltauswirkungen 233
§ 11 *entfällt* 242
§ 12. Umweltverträglichkeitsgutachten 243
§ 12 a. Zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen 260
§ 13. Information über das Umweltverträglichkeitsgutachten oder die zusammenfassende Bewertung 264
§§ 14, 15. *entfallen* 268
§ 16. Mündliche Verhandlung und weiteres Verfahren 271
§ 17. Entscheidung 285
§ 18. Grundsätzliche Genehmigung und Detailgenehmigungen 355
§ 18 a. Abschnittsgenehmigungen 366
§ 18 b. Änderung des Bescheides vor Zuständigkeitsübergang 371
§ 19. Partei- und Beteiligtenstellung sowie Rechtsmittelbefugnis 377
§ 20. Abnahmeprüfung 440
§ 21. Zuständigkeitsübergang 448
§ 22. Nachkontrolle 456
§ 23. Kontrollen und Duldungspflichten 461

3. ABSCHNITT
Umweltverträglichkeitsprüfung für Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken

Vorbemerkungen zum 3. Abschnitt 464

§ 23 a. Anwendungsbereich für Bundesstraßen 477
§ 23 b. Anwendungsbereich für Hochleistungsstrecken 497
§ 24. Verfahren, Behörde 508
§ 24 a. Einleitung der Umweltverträglichkeitsprüfung 533
§ 24 b. Zeitplan 538
§ 24 c. Umweltverträglichkeitsgutachten 541
§ 24 d. Zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen 548
§ 24 e. Information über das Umweltverträglichkeitsgutachten oder die zusammenfassende Bewertung 551
§ 24 f. Entscheidung 553
§ 24 g. Änderung vor Zuständigkeitsübergang 588
§ 24 h. Fertigstellung, Zuständigkeitsübergang, Kontrollen 600

4. ABSCHNITT
Besondere Bestimmungen für wasserwirtschaftlich bedeutsame Vorhaben

Vorbemerkungen zum 4. Abschnitt 607
§ 24 i. 611
§ 24 j. 612
§ 24 k. 612
§ 24 l. 613

5. ABSCHNITT
Umweltrat

§ 25. Einrichtung und Aufgaben 614
§ 26. Zusammensetzung des Umweltrates 618
§ 27. Vorsitz und Geschäftsführung des Umweltrates 621
§ 28. Unterstützungspflichten 624
§ 29. Verschwiegenheitspflichten 626
§§ 30 – 38 *entfallen* 628

6. ABSCHNITT
Gemeinsame Bestimmung

§ 39. Behörden und Zuständigkeit 633
§ 40. 645
§ 41. Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden 659
§ 42. Anwendung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 663
§ 42 a. Fortbetriebsrecht 666
§ 43. UVP-Dokumentation 669
§ 44. Bericht an den Nationalrat 674
§ 45. Strafbestimmungen 676
§ 46. Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsbestimmungen 684
§ 47. Vollziehung 703

ANHANG 1

Vorbemerkungen zu Anhang 1 707
Vor Z 1 bis 3 Abfallwirtschaft 715
Z 1 Behandlung gefährlicher Abfälle 718
Z 2 Behandlung nicht gefährlicher Abfälle 724
Z 3 Lagerung von Eisenschrott und Alt-Kfz 730
Vor Z 4 bis 6 Energiewirtschaft 732
Z 4 Thermische Kraftwerke und andere Feuerungsanlagen 733

Z 5 Kernreaktoren . . . 736
Z 6 Windenergieanlagen . . . 738
Vor Z 7 und 8 Umgang mit radioaktiven Stoffen . . . 740
Z 7 Umgang mit radioaktiven Stoffen . . . 740
Z 8 Teilchenbeschleuniger . . . 743
Vor Z 9 bis 24 Infrastrukturprojekte . . . 744
Z 9 Straßen . . . 744
Z 10 Eisenbahnstrecken . . . 760
Z 11 Verschubbahnhöfe und Güterterminals . . . 769
Z 12 Schigebiete . . . 772
Z 13 Rohrleitungen . . . 785
Z 14 Flugplätze . . . 788
Z 15 Häfen und Wasserstraßen . . . 803
Z 16 Starkstromfreileitungen . . . 808
Z 17 Freizeit- und Vergnügungsparks, Sportstadien und Golfplätze . . . 812
Z 18 Industrie- und Gewerbeparks sowie Städtebauvorhaben . . . 819
Z 19 Einkaufszentren . . . 830
Z 20 Hotels und Feriendörfer . . . 837
Z 21 Parkplätze und Parkgaragen . . . 841
Z 22 Jachthäfen . . . 846
Z 23 Campingplätze . . . 847
Z 24 Renn- und Teststrecken . . . 849
Vor Z 25 bis 29 Bergbau . . . 852
Z 25 Tagbau – Entnahme von mineralischen Rohstoffen (Lockergestein, privilegierte Abbauformen von Festgestein und Torf) . . . 853
Z 26 Tagbau – Entnahme von mineralischen Rohstoffen (übrige Abbauformen von Festgestein) . . . 864
Z 27 Untertagebau . . . 867
Z 28 Tiefbohrungen . . . 868
Z 29 Förderung von Erdöl und Erdgas . . . 870
Vor Z 30 bis 42 Wasserwirtschaft . . . 872
Z 30 Wasserkraftanlagen . . . 872
Z 31 Stauwerke . . . 879
Z 32 Grundwasserentnahme oder -anreicherung . . . 881
Z 33 Tiefbohrungen . . . 883
Z 34 Wasserfernleitungen . . . 885
Z 35 Bodenentwässerung . . . 886
Z 36 Bodenbewässerung . . . 888
Z 37 Gewinnung mineralischer Rohstoffe durch Flussbaggerung . . . 890
Z 38 *entfällt* . . . 892
Z 39 Umleitung von Wasserressourcen . . . 893
Z 40 Abwasserreinigungsanlagen . . . 895
Z 41 Anlegung und Verlegung von Fließgewässern . . . 897
Z 42 Schutz- und Regulierungsbauten . . . 899
Vor Z 43 bis 46 Land- und Forstwirtschaft . . . 904
Z 43 Intensivtierhaltung . . . 905
Z 44 Fischzucht . . . 911
Z 45 Intensive Landwirtschaft . . . 913
Z 46 Rodung, Erstaufforstung . . . 915
Vor Z 47 bis 88 Sonstige Vorhaben . . . 920
Vor Z 47 bis 57 Vorhaben der chemischen Industrie . . . 921
Z 47 Integriertes chemisches Werk . . . 922

Z 48 Herstellung organischer Grundchemikalien 926
Z 49 Herstellung anorganischer Grundchemikalien 930
Z 50 Herstellung von Pflanzenschutzmitteln 932
Z 51 Herstellung von Wirkstoffen für Arzneimittel 935
Z 52 Herstellung organischer Feinchemikalien 936
Z 53 Herstellung anorganischer Feinchemikalien 938
Z 54 Herstellung von Düngemitteln 940
Z 55 Herstellung von Polymeren 942
Z 56 Herstellung von Biotreibstoffen 943
Z 57 Mehrzweck- und Mehrprodukteanlagen 944
Z 58 Herstellung und Behandlung von Explosivstoffen 947
Z 59 Gentechnik und biologische Arbeitsstoffe 948
Z 60 Herstellung von Zellstoff, Zellulose und Holzstoff 951
Z 61 Papier- und Zellstoffindustrie 953
Z 62 Textilindustrie 955
Z 63 Gerbereien 957
Z 64 Eisen- und Stahlherstellung und -verarbeitung 958
Z 65 Gewinnung von Nichteisenrohmetallen 962
Z 66 Gießereien 963
Z 67 Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen 964
Z 68 Bau und Montage von Kfz und Kfz-Motoren 966
Z 69 Schiffswerften 968
Z 70 Bau und Instandsetzung von Luftfahrzeugen 969
Z 71 Bau von Schienenfahrzeugen 971
Z 72 Prüfstände 972
Z 73 Sprengverformung oder Plattieren mit Sprengstoffen 973
Z 74 Zementanlagen 974
Z 75 Asbestanlagen 976
Z 76 Glasanlagen 977
Z 77 Schmelzen mineralischer Stoffe 979
Z 78 Herstellung keramischer Erzeugnisse 980
Z 79 Erdölraffinerien 981
Z 80 Lagerung fossiler Brennstoffe 983
Z 81 Kohleverarbeitungsanlagen 986
Z 82 Tierkörperverwertung 987
Z 83 Herstellung von Fetten und Ölen 989
Z 84 Herstellung von Konserven und Tiefkühlerzeugnissen 991
Z 85 Milchverarbeitung 993
Z 86 Brauereien und Mälzereien 995
Z 87 Herstellung von Zucker, Stärke und Süßwaren 996
Z 88 Schlachthöfe 998

ANHANG 2

Einteilung der schutzwürdigen Gebiete in Kategorien 999

UVP-RL

RICHTLINIE DES RATES vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337/EWG) 1015

Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
aaO	=	am angegebenen Ort
Aarhus-Konvention	=	Übereinkommen von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, BGBl III 2005/88
AB	=	Ausschussbericht
Abfallrahmen-RL	=	RL 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 19. 11. 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien, ABl L 2008/312, 3
ABl	=	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs	=	Absatz
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl C 2008/115, 47 idF 2010/83, 366
AEV Explosivstoffe	=	Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung und Weiterverarbeitung von Explosivstoffen BGBl II 2003/270
aF	=	alte Fassung
AgrarrechtsänderungsG 2000	=	Agrarrechtsänderungsgesetz 2000 BGBl I 2000/39
Anm	=	Anmerkung
AnwBl	=	Österreichisches Anwaltsblatt
ArbIG	=	Arbeitsinspektionsgesetz 1993 BGBl 1993/27 idgF
arg	=	argumento (folgt aus)
Art	=	Artikel
ASchG	=	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz BGBl 1994/450 idgF
AuskunftspflichtG	=	Auskunftspflichtgesetz BGBl 1987/287 idgF
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51 idgF
AVG-Nov 1998	=	Änderung des Allgemeinen Verfahrensgesetzes 1991 BGBl I 1998/158
AWG	=	Abfallwirtschaftsgesetz 2002 BGBl I 2002/102 idgF
AWK	=	Abfallwirtschaftskonzept
BAK	=	Bundesarbeitskammer
BAO	=	Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194 idgF
BAT	=	Best Available Techniques
bbl	=	Baurechtliche Blätter
BDA	=	Bundesdenkmalamt
betr	=	betreffend
BGBl	=	Bundesgesetzblatt
bgld	=	burgenländisch, -e, -er, -es
Bgld	=	Burgenland
BImSchV	=	(deutsche) Bundes-Immissionsschutzverordnung
BiozidG	=	Biozid-Produkte-Gesetz BGBl I 2000/105 idgF
BK	=	Bundeskanzler
Blg	=	Beilage, -n
BlgNR	=	Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	=	Bundesminister(in), Bundesministerium

BMG	=	Bundesministeriengesetz 1986 BGBl 1986/76 idgF
BMGFJ	=	Bundesminister(ium) für Gesundheit, Familie und Jugend
BMLFUW	=	Bundesminister(ium) für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMUJF	=	Bundesminister(ium) für Umwelt, Jugend und Familie
BMVIT	=	Bundesminister(ium) für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	=	Bundesminister(ium) für Wirtschaft und Arbeit
BMwA	=	Bundesminister(ium) für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWFJ	=	Bundesminister(ium) für Wirtschaft, Familie und Jugend
BMWV	=	Bundesminister(ium) für Wissenschaft und Verkehr
BMWVK	=	Bundesminister(ium) für Wissenschaft, Verkehr und Kunst
BReg	=	Bundesregierung
bspw	=	beispielsweise
BStG	=	Bundesstraßengesetz 1971 BGBl 1971/286 idgF
Bundes-LärmG	=	Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz BGBl I 2005/60
Bundes-Stiftungs- und FondsG	=	Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz BGBl 1975/11 idgF
Bundesstraßen-ÜbertragungsG	=	Bundesstraßen-Übertragungsgesetz BGBl I 2002/50
BVB	=	Bezirksverwaltungsbehörde, -en
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1 idgF
bzw	=	beziehungsweise
ca	=	circa
CCS-RL	=	RL 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 23. 04. 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der RL 85/337/EWG des Rates sowie der RL 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr 1013/2006, ABl L 2009/140, 114
ChemG	=	Chemikaliengesetz 1996 BGBl I 1997/53 idgF
Chemikalien-VerbotsV 2003	=	Chemikalien-Verbotsverordnung 2003 BGBl II 2003/477 idgF
DeregulierungsG 2001	=	Deregulierungsgesetz 2001 BGBl I 2001/151
dh	=	das heißt
DMSG	=	Denkmalschutzgesetz (Bundesgesetz betreffend den Schutz von Denkmalen wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder sonstigen kulturellen Bedeutung BGBl 1923/533 idgF
dt	=	deutsch, -e, -er, -es
DTV	=	Durchschnittlicher täglicher Verkehr (auch: durchschnittliches tägliches Verkehrsaufkommen, durchschnittliche tägliche Verkehrsbelastung)
ECE	=	Economic Commission for Europe; Wirtschaftskommission für Europa
EFP	=	Einzelfallprüfung
EG	=	Europäische Gemeinschaft(en)
EG-K	=	Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen BGBl I 2004/150 idgF
EG-L	=	Emissionshöchstmengengesetz-Luft, BGBl I 2003/34
EIA Directive	=	Environmental Impact Assessment Directive *siehe* UVP-RL
Einl	=	Einleitung
EisbEG	=	Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz BGBl 1954/71 idgF
EisbG	=	Eisenbahngesetz 1957 BGBl 1957/60 idgF
EK	=	Europäische Kommission

EMAS	=	Eco-Management and Audit Scheme; Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung der Europäischen Union
EmRegV-OW	=	EmissionsregisterV-Oberflächenwasser BGBl II 2009/29
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210 idgF
engl	=	englisch
EPER	=	European Pollutant Emission Register; Europäisches Schadstoffemissionsregister
Erk	=	Erkenntnis
ErläutRV	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage
Erstes BundesverfassungsrechtsbereinigungsG	=	Erstes Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz BGBl I 2008/2
Espoo-Konvention	=	Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen BGBl III 1997/201 (getroffen im Rahmen der UNECE, der United Nations Economic Commission for Europe; vgl Homepage: http://www.unece.org/env/eia/)
et al	=	et alii = und andere
etc	=	et cetera
EU	=	Europäische Union
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EUG-LFUW	=	Euro-Umstellungsgesetz Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft BGBl I 2001/108
ev	=	eventuell
EW	=	Einwohnerwert
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	=	Europäischer Wirtschaftsraum
EZG	=	Emissionszertifikategesetz BGBl I 2004/46 idgF
f	=	und der, die folgende
Fa	=	Firma
FAV	=	Feuerungsanlagen-Verordnung BGBl II 1997/331
ff	=	und die folgenden
FFH-RL	=	Fauna-Flora-Habitat-RL 92/43/EWG vom 21. 05. 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl L 1996/59, 63
Fn	=	Fußnote
ForstG	=	Forstgesetz 1975 BGBl 1975/440 idgF
G	=	Gesetz
GDK	=	Gas- und Dampfturbinen-Kombinationskraftwerk (GDK)
gem	=	gemäß
GewO	=	Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194 idgF
ggfalls	=	gegebenenfalls
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GRCh	=	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl C 2010/83
gs	=	grundsätzlich
GTG	=	Gentechnikgesetz BGBl 1994/510 idgF
GVM	=	gentechnisch veränderte Mikroorganismen
GWG	=	Gaswirtschaftsgesetz BGBl I 2000/121 idgF
ha	=	Hektar
hL	=	herrschende Lehre

HlG	=	Hochleistungsstreckengesetz BGBl 1989/135 idgF
hM	=	herrschende Meinung
Hrsg	=	Herausgeber
IA	=	Initiativantrag
idF	=	in der Fassung
idgF	=	in der geltenden Fassung
idS	=	in diesem Sinn
ieS	=	im engeren Sinn
IG-L	=	Immissionsschutzgesetz – Luft BGBl I 1997/115 idgF
insb	=	insbesondere
IPPC	=	Integrated Pollution Prevention and Control
IPPC-RL	=	RL 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 15. 01. 2008 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, ABl L 2008/24, 8
iSd	=	im Sinn des, – der
IUR	=	Institut für Umweltrecht, Universität Linz
iVm	=	in Verbindung mit
iwS	=	im weiteren Sinn
JAP	=	Juristische Ausbildung und Praxisvorbereitung
JBl	=	Juristische Blätter
JRP	=	Journal für Rechtspolitik
Kap	=	Kapitel
KEK	=	Klima- und Energiekonzept
Kfz	=	Kraftfahrzeug(e)
krit	=	kritisch
Krnt	=	Kärnten, Kärntner
LFG	=	Luftfahrtgesetz BGBl 1957/253 idgF
LGBl	=	Landesgesetzblatt
LH	=	Landeshauptmann, Landeshauptmänner
lit	=	litera (Buchstabe)
Lit	=	Literatur
Lkw	=	Lastkraftwagen
LReg	=	Landesregierung, -en
LRG-K	=	Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen BGBl 1988/380 (*nunmehr:* EG-K)
maW	=	mit anderen Worten
MinroG	=	Mineralrohstoffgesetz BGBl I 1999/38 idgF
MS	=	Mitgliedstaat(en)
MVA	=	Müllverbrennungsanlage
MW	=	Megawatt
mwN	=	mit weiteren Nachweisen
MWth	=	Megawatt thermisch
nF	=	neue Fassung
NGO	=	Non-Governmental Organization
NKU	=	Nutzen-Kosten-Untersuchung
nö	=	niederösterreichisch, -e, -er, -es

NÖ	=	Niederösterreich
Nr	=	Nummer
NSchG	=	Naturschutzgesetz
NVP	=	Naturverträglichkeitsprüfung
Ö	=	Österreich
ÖB-RL	=	RL 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 26. 05. 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der RL 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl L 2003/156, 17
Öffentlichkeitsbeteiligungs-RL	=	*siehe* ÖB-RL
OIB	=	Österreichisches Institut für Bautechnik
ÖJbPol	=	Österreichisches Jahrbuch für Politik
ÖJZ	=	Österreichische Juristen-Zeitung
oö	=	oberösterreichisch, -e, -er, -es
OÖ	=	Oberösterreich
österr	=	österreichisch, -e, -er, -es
ÖWAV	=	Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband
OZB	=	Oberste Zivilluftfahrtbehörde
ÖZW	=	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
PflanzenschutzmittelG	=	Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 BGBl I 2011/10 idgF
Pkt	=	Punkt
QZV Chemie GW	=	Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser BGBl II 2010/98 idgF
QZV Ökologie OG	=	Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer BGBl II 2010/99 idgF
RdU	=	Recht der Umwelt
RdU-UT	=	Recht der Umwelt, Sonderbeilage Umwelt & Technik
RFG	=	Recht und Finanzen für Gemeinden
RL	=	Richtlinie der EU
ROG	=	Raumordnungsgesetz
RohrleitungsG	=	Rohrleitungsgesetz BGBl 1975/411 idgF
Rs	=	Rechtssache
RS	=	Rechtssatz
Rsp	=	Rechtsprechung
RV	=	Regierungsvorlage
RVS	=	Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen
Rz	=	Randzahl
RZ	=	Richterzeitung
s	=	siehe
S	=	Seite
sbg	=	salzburgerisch, -e, -er, -es
Sbg	=	Salzburg, Salzburger
sog	=	sogenannt, -e, -er, -es
SP-V-Gesetz	=	Bundesgesetz über die strategische Prüfung im Verkehrsbereich BGBl I 2005/96
Stammfassung	=	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 1993 BGBl 1993/697

StarkstromwegeG	=	Starkstromwegegesetz 1968 BGBl 1968/70 idgF
stmk	=	steiermärkisch, -e, -er, -es
Stmk	=	Steiermark
StraßenG	=	Straßengesetz
StrSchG	=	Strahlenschutzgesetz BGBl 1969/227 idgF
stRsp	=	ständige Rechtsprechung
STSG	=	Straßentunnel-Sicherheitsgesetz BGBl I 2006/54 idgF
StVO	=	Straßenverkehrsordnung 1960 BGBl 1960/159 idgF
SUP	=	Strategische Umweltprüfung
SUP-RL	=	RL 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 27. 06. 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, ABl L 2001/197, 30
Tir	=	Tirol, Tiroler
TMG	=	Tiermaterialiengesetz BGBl I 2003/141 idgF
ua	=	und andere, unter anderem
UA	=	Umweltanwalt
UBA	=	Umweltbundesamt
udgl	=	und dergleichen
UdW	=	Umweltschutz der Wirtschaft
uE	=	unseres Erachtens
UFG	=	Umweltförderungsgesetz BGBl 1993/185 idgF
UIG	=	Umweltinformationsgesetz BGBl 1993/495 idgF
UmweltkontrollG	=	Umweltkonrollgesetz BGBl I 1998/152
UNECE	=	United Nations Economic Commission for Europe; Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNESCO	=	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization; Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
US	=	Umweltsenat
USG	=	Bundesgesetz über den Umweltsenat BGBl I 2000/114 idgF
usw	=	und so weiter
uU	=	unter Umständen
UUS	=	*siehe* US
uva	=	und viele andere
UVE	=	Umweltverträglichkeitserklärung
UVGA	=	Umweltverträglichkeitsgutachten
UVP	=	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-ÄndRL 1997	=	RL 97/11/EG des Rates v 03. 03. 1997 zur Änderung der RL 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl L 73 v 14. 03. 1997, 5
UVP-ÄndRL 2003	=	RL 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 26. 05. 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten, ABl L 2003/156, 17
UVP-ÄndRL 2009	=	RL 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 23. 04. 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der RL 85/337/EWG des Rates sowie der RL 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG

		des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der VO (EG) Nr. 1013/2006, ABl L 2009/140, 114
UVP-G 2000	=	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 BGBl 1993/697 idgF
UVP-G-Nov 1996	=	BG, mit dem das UVP-G geändert wird BGBl 1996/773
UVP-G-Nov 2000	=	BG, mit dem das BG über die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Bürgerbeteiligung geändert wird BGBl I 2000/89
UVP-G-Nov 2004	=	BG, mit dem das B-VG und das UVP-G 2000 geändert werden (UVP-G-Novelle 2004) BGBl I 2004/153
UVP-G-Nov 2005	=	BG, mit dem das UVP-G 2000 und das USG geändert werden BGBl I 2005/14
UVP-G-Nov 2006	=	BG, mit dem das LFG, das Flughafen-Bodenabfertigungsgesetz und das UVP-G 2000 geändert werden BGBl I 2006/149
UVP-G-Nov 2009	=	BG, mit dem das UVP-G 2000 geändert wird (UVP-G-Novelle 2009) BGBl I 2009/87
UVP-RL	=	RL 85/337/EWG des Rates v 27. 06. 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, ABl L 1985/175, 40
UVS	=	Unabhängiger Verwaltungssenat; Unabhängige Verwaltungssenate
V	=	Verordnung
VbA	=	Verordnung biologische Arbeitsstoffe BGBl II 1998/237
VEÖ Journal	=	Monatsmagazin des Verbandes der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ)
VereinsG	=	Vereinsgesetz 2002 BGBl I 2002/66 idgF
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	=	vergleiche
Vlbg	=	Vorarlberg, Vorarlberger
VO	=	EG-Verordnung
VOC	=	volatile organic compound[s]; flüchtige organische Verbindungen
Vogelschutz-RL	=	*siehe* VSch-RL
VSch-RL	=	Vogelschutz-RL 79/409/EWG des Rates v 02. 04. 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl L 1979/103, 1
VwGG	=	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10 idgF
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwSlg	=	Sammlung der wichtigsten Erkenntnisse und Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofes
Wärme- und Kälteleitungsausbau	=	Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz BGBl I 2008/113 idgF
WBFÖ	=	Wohnbauforschung in Österreich
WKÖ	=	Wirtschaftskammer Österreich
WPO	=	wasserwirtschaftliches Planungsorgan
Wr	=	Wiener
WRG	=	Wasserrechtsgesetz 1959 BGBl 1959/215 idgF
WRRL	=	Wasserrahmen-RL 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v 23. 10. 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, ABl L 2000/327, 1
WWFSG	=	Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz 1989 LGBl 1989/18 idgF

Z	=	Zahl, Ziffer
ZARV	=	Zivilluftfahrzeug-Ambulanz- und Rettungsflugverordnung 1985 BGBl 1985/126 idgF
zB	=	zum Beispiel
ZfV	=	Zeitschrift für Verwaltung
Zl	=	Zahl
ZLLV 2010	=	Zivilluftfahrtfahrzeug- und Luftfahrtgerät-Verordnung 2010 BGBl II 2010/143
zust	=	zustimmend
ZUV	=	Zeitschrift der Unabhängigen Verwaltungssenate
ZVR	=	Zeitschrift für Verkehrsrecht

Verzeichnis der Leitfäden und Regelwerke (in alphabetischer Reihenfolge)

Kurzzitat	Langzitat
Anwendungsbericht UVP-RL	Bericht der Kommission über die Anwendung und Wirksamkeit der UVP-RL vom 23. 07. 2009, KOM(2009) 378 endg

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0378:FIN:DE:PDF

BDA (2011) Richtlinie Energieeffizienz am Baudenkmal	BDA (2011) Richtlinie Energieeffizienz am Baudenkmal

http://www.bda.at/documents/944221227.pdf

BMGFJ (2007) Leitfaden Patientendosis und Arbeitsanweisungen in der Röntgendiagnostik	BMGFJ (2007) Leitfaden Patientendosis und Arbeitsanweisungen in der Röntgendiagnostik

http://www.bmg.gv.at/cms/site/attachments/7/5/7/CH0781/CMS1194866743579/leitfaden-patientendosis.pdf

BMGJF/BMFLUW (2007) Leitfaden Sicherheitsanalyse Störfallanalyse Notfallplanung	BMGJF/BMFLUW (2007) Leitfaden Sicherheitsanalyse Störfallanalyse Notfallplanung

http://www.umweltnet.at/article/articleview/63030/1/19944

BMLFUW (1998) 1. UVP-Bericht	BMLFUW (1998) 1. Bericht an den Nationalrat über die Vollziehung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (III-171 BlgNR 20. GP)

Dokument online nicht abrufbar

BMLFUW (2001) Richtlinie Entnahme von Sand und Kies aus der Donau	BMLFUW (2001) Richtlinien betreffend die Anforderungen an Einreichprojekte für die Entnahme von Sand und Kies aus der Donau

http://recht.lebensministerium.at/article/articleview/19681/1/5630

BMLFUW (2003) 2. UVP-Bericht	BMLFUW (2003) 2. Bericht an den Nationalrat über die Vollziehung der UVP für den Zeitraum bis 02/2003 (III-26 BlgNR 22. GP)

http://www.lebensministerium.at/article/articleview/27789/1/7240

BMLFUW (2005) SUP	BMLFUW (2005) Strategische Umweltprüfung: Vom Untersuchungsrahmen zur Erfolgskontrolle (2005)

http://www.strategischeumweltpruefung.at/grundlagen/sup-schritte/

BMLFUW (2006) 3. UVP-Bericht	BMLFUW (2006) 3. Bericht an den Nationalrat über die Vollziehung der UVP für den Zeitraum 03/2002 bis 02/2006 (III-223 BlgNR 22. GP)

http://www.umweltnet.at/filemanager/download/16418/

BMLFUW (2009) 4. UVP-Bericht BMLFUW (2009) 4. UVP-Bericht an den Nationalrat, Zeitraum 03/2006 bis 03/2009 (III-77 BlgNR 24. GP)
http://www.umweltnet.at/article/articleview/77496/1/7240

BMLFUW (2009) Erläuterungen zum Anerkennungsformular einer Umweltorganisation BMLFUW (2009) Antragsformular auf Anerkennung einer Umweltorganisation; Erläuterungen zum Antragsformular auf Anerkennung von Umweltorganisationen; Liste anerkannter Umweltorganisationen
http://www.umweltnet.at/article/articleview/27824/1/7237/

BMLFUW (2010) Leitfaden zur hydromorphologischen Zustandserhebung BMLFUW (2010) Leitfaden zur hydromorphologischen Zustandserhebung
http://wisa.lebensministerium.at/article/articleview/74899/1/27032

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – Abfallverbrennungsanlagen BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Spezialteil Abfallverbrennungsanlagen, kalorische Kraftwerke, Feuerungsanlagen
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – Bergbau BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Spezialteil Bergbau
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – EKZ und Beherbergungsbetriebe BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Spezialteil Einkaufszentren und Beherbergungsbetriebe
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – Industrie und Gewerbeparks BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Spezialteil Industrie- oder Gewerbeparks sowie Städtebauvorhaben
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – Industrieanlagen BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Spezialteil Industrieanlagen
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2010) UVP-Leitfaden Klima- und Energiekonzept – Schigebiete BMLFUW (2010) Leitfaden für das Klima- und Energiekonzept im Rahmen von UVP-Verfahren – Schigebiete,
http://www.umweltnet.at/article/articleview/85677/1/7240/

BMLFUW (2011) EFP-Leitfaden BMLFUW (2011) Leitfaden Einzelfallprüfung gemäß UVP-G 2000
http://www.umweltnet.at/article/articleview/27794/1/7240/

BMLFUW (2011) UVE-Leitfaden EKZ BMLFUW (2011) Leitfaden – UVP für Handels- und Freizeiteinrichtungen, Industrie- und Gewerbeparks
www.umweltnet.at/article/articleview/28986/1/7240/

BMLFUW (2011) UVP-Leitfaden Bergbau BMLFUW (2011) Leitfaden – UVP für Bergbauvorhaben,
http://www.umweltnet.at/article/articleview/27800/1/7240/

BMLFUW (2011) UVP-Leitfaden Intensivtierhaltung BMLFUW (2011) Leitfaden – UVP für Intensivtierhaltung,
http://www.bmlfuw.gv.at/article/articleview/27791/1/7240/

BMLFUW (2011) UVP-Leitfaden Schigebiete BMLFUW (2011) Leitfaden – UVP für Schigebiete,
http://www.umweltnet.at/article/articleview/27793/1/7240

BMLFUW, Erläuterungen zur Verordnung belastete Gebiete Luft BMLFUW, Erläuterungen zur Verordnung belastete Gebiete Luft
http://www.umweltnet.at/article/articleview/27823/1/7237

BMLFUW, Formblatt Nuklearmedizin BMLFUW, Formblatt Nuklearmedizin,
http://copyright.lebensministerium.at/article/articleview/63030/1/19944

BMU (2001) Sicherheitstechnische Einzelfragen zur Endlagerung BMU (2001) Sicherheitstechnische Einzelfragen zur Endlagerung
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/atomkraft_sicherheitst_einzelfragen.pdf

BMU (2009) Sicherheitsanforderungen Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle BMU (2009) Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/endfassung_sicherheitsanforderungen_bf.pdf

BMU (2009) Sicherheitskriterien für Kernkraftwerke BMU (2009) Sicherheitskriterien für Kernkraftwerke,
http://www.bmu.de/atomenergie_sicherheit/rechtsvorschriften_technische_regeln/sicherheitskriterien/doc/44296.php

BMUJF (1999) Rundschreiben zur unmittelbaren Anwendbarkeit BMUJF (1999) Rundschreiben zur unmittelbaren Anwendbarkeit der UVP-Richtlinie ab dem 15. März 1999, GZ 11 4751/63-I/1/98 vom 10. 03. 1999
Dokument online nicht abrufbar

BREF Chlor-Alkali Manufacturing Industry JRC (2001) BREF Chlor-Alkali Manufacturing Industry,
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/cak.html

BREF Common Waste Water and Waste Gas Treatment/Management Systems in the Chemical Sector
JRC (2003) BREF Common Waste Water and Waste Gas Treatment/Management Systems in the Chemical Sector
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/cww.html

BREF Energy Efficiency
JRC (2009) BREF Energy Efficiency,
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/ene.html

BREF Ferrous Metals Processing Industry
JRC (2001) BREF Ferrous Metals Processing Industry
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/fmp.html

BREF Intensive Rearing of Poultry and Pigs
JRC (2006) BREF Intensive Rearing of Poultry and Pigs,
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/irpp.html

BREF Iron and Steel Production
JRC (2001) BREF Iron and Steel Production
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/i&s.html

BREF Lage Combustion Plants
JRC (2006) BREF Large Combustion Plants
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/lcp.html

BREF Large Volume Inorganic Chemicals – Ammonia, Acids and Fertilisers
JRC (2007) BREF Large Volume Inorganic Chemicals – Ammonia, Acids and Fertilisers
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/lvic-aaf.html

BREF Large Volume Inorganic Chemicals – Solids and Others Industry
JRC (2007) BREF Large Volume Inorganic Chemicals – Solids and Others Industry
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/lvic-s.html

BREF Large Volume Organic Chemical Industry
JRC (2003) BREF Large Volume Organic Chemical Industry
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/lvoc.html

BREF Non Ferrous Metals Industries
JRC (2001) BREF Non Ferrous Metals Industries
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/nfm.html

BREF Production of Polymers
JRC (2007) BREF Production of Polymers
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/pol.html

BREF Smitheries and Foundries Industry
JRC (2005) BREF Smitheries and Foundries Industry
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/sf.html

BREF Tanning of Hides and Skins
JRC (2001) BREF Tanning of Hides and Skins
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/tan.html

BREF Waste Incineration JRC (2006) BREF Waste Incineration,
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/wi.html

BREF Waste Treatments Industries JRC (2006) BREF Waste Treatments Industries,
http://eippcb.jrc.ec.europa.eu/reference/wt.html

EIS Review EC (2001) Guidance on EIA – EIS Review,
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-guidelines/g-review-full-text.pdf

Erläuterungsbericht Tir. Seilbahn- und Skigebietsprogramm Land Tirol (2005) Erläuterungsbericht Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogramm 2005
http://www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/raumordnung/ueberoertliche/seilbahnprogramm/

Expertenpapier Kumulation und UVP Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Kumulation und UVP, Die Betrachtung kumulativer Auswirkungen verkehrsbedingter Luftschadstoffe im Rahmen von Einzelfallprüfungen gemäß UVP-Gesetz (Oktober 2009)
www.salzburg.gv.at/uvp-expertenpapier-kumulation.pdf

Guidance on Scoping EC (2001) Guidance on EIA – Scoping
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-guidelines/g-scoping-full-text.pdf

Guidance on Screening EC (2001) Guidance on EIA – Screening
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-guidelines/g-screening-full-text.pdf

Hefner, Merkposten für Genehmigungsverfahren Hefner, Merkposten für Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung ionisierender Strahlen gemäß österreichischem Strahlenschutzrecht
Dokument online nicht abrufbar

Impact Guidelines EC (1999) Guidelines for the Assessment of Indirect and Cumulative Impacts as well as Impact Interactions
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-studies-and-reports/guidel.pdf

Interpretation EIA Directive EC (2008) Interpretation of certain definitions of certain project categories of Annex I and II of the EIA Directive,
http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/interpretation_eia.pdf

Leitfaden Espoo-Konvention Umweltministerium, Finnland; Umweltministerium, Schweden und Ministerium für Wohnungswesen, Raumplanung und Umwelt, Niederlande (2003) Leitfaden für die praktische Anwendung der ESPOO-Konvention, Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen
www.unece.org/env/eia/documents/practical_guide/practical_guide_de.pdf.

ÖWAV-Regelblatt 216 UVP von Golfplätzen ÖWAV-Regelblatt 216: Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) von Golfplätzen aus wasserwirtschaftlicher Sicht (2009)
http://www.oewav.at/Page.aspx?target=65710&mode=form&app=134598&edit=0&current=131340&view=134599&predefQuery=-1

Report EIA and SEA Directives Imperial College London Consultants, The Relationship between the EIA and SEA Directives – Final Report to the European Commission (2005)
http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/final_report_0508.pdf

RVS 04.01.11 FSV (2008) RVS 04.01.11 Umweltuntersuchung
http://www.fsv.at/shop/ (kostenpflichtig)

RVS 04.02.12 FSV (2007) RVS 04.02.12 Schadstoffausbreitung an Straßen
http://www.fsv.at/shop/ (kostenpflichtig)

RVS 09.02.33 FSV (2005) RVS 09.02.33 Immissionsbelastung an Portalen
http://www.fsv.at/shop/ (kostenpflichtig)

Salzburg (2007) UVP-Vorhaben Land Salzburg (2007) UVP-Vorhaben – Methodischer Leitfaden für Behörden und Projektwerber
http://www.salzburg.gv.at/pdf-leitfaden-uvp-2.pdf

Sbg Checklisten UVP-Pflicht Land Salzburg (2010) Checklisten – UVP-Pflicht für Vorhaben
http://www.salzburg.gv.at/publ-uvp-checklisten-angaben-formatiert.pdf

Sbg Feststellung UVP-Pflicht Land Salzburg (2005) Angaben zur Feststellung einer UVP-Pflicht für Vorhaben
http://www.salzburg.gv.at/publ-uvp-checklisten-angaben-formatiert.pdf

Sbg Sachprogramm Schianlagen Land Salzburg (2008) Sachprogramm Schianlagen – Errichtung von Schianlagen im Land Salzburg
https://service.salzburg.gv.at/WebRoot/LandSalzburgDB/Shops/Landversand/4986/FD61/FE5C/FAEE/AEE0/0A01/047B/B40E/207_2008_01_n7g_schianlagen.pdf

Scoping Checklist Scoping Checklist
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-guidelines/scoping_checklist.pdf

Screening Checklist Screening Checklist
http://ec.europa.eu/environment/eia/eia-guidelines/screening_checklist.pdf

Studie Umweltmediation BMLFUW (2003) Umweltmediation im österreichischen Recht
www.umweltnet.at/article/articleview/27784/1/7239

Tir Mitteilung Schigebietsänderungen Amt der Tiroler Landesregierung, Mitteilung UVP-Pflicht für Schigebietsänderungen, U-5026/1122 vom 25. 02. 2010
Dokument online nicht abrufbar

TU Wien (2007) Technische Anleitung Irrelevanzkriterien TU Wien (2007) Technische Anleitung zur Anwendung des Schwellenwertkonzepts im Verfahren nach dem UVP-G, Vorgehensweise bei der Festlegung von Untersuchungsgebieten und bei der fachlichen Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von stationären Anlagen über den Luftpfad
Dokument online nicht abrufbar

UBA (2006) UVP-Evaluation UBA (2006) UVP-Evaluation – Evaluation der Umweltverträglichkeitsprüfung in Österreich
www.umweltnet.at/filemanager/download/16403/

UBA (2007) Leitfaden UVP & IG-L UBA (2007) Leitfaden UVP und IG-L – Umgang mit Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten von Luftschadstoffen in UVP-Verfahren (überarbeitete Version)
www.umweltnet.at/article/articleview/32814/1/7240

UBA (2008) UVE-Leitfaden UBA (2008) UVE-Leitfaden – Eine Information zur Umweltverträglichkeitserklärung (überarbeitete Fassung)
www.umweltnet.at/article/articleview/27795/1/7240/

UBA (2008) UVE-Leitfaden Abfallverbrennung UBA (2008) Erstellung von Umweltverträglichkeitserklärungen – UVE-Leitfaden für Abfallverbrennungsanlagen, thermische Kraftwerke und Feuerungsanlagen (2008)
www.umweltnet.at/article/articleview/29302/1/7240

UVP-Rs BMLFUW (2011) Rundschreiben zur Durchführung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G 2000), GZ BMLFUW-UW.1.4.2/0013-V/1/2011
www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/umweltpolitische/UVP/rundschreiben2.pdf

WBFÖ (2008) Strategien zur Innenstadtbelebung WBFÖ 2008, 15 ff, Strategien zur Innenstadtbelebung in Niederösterreich im Licht der neuen Einkaufszentren-Verordnung
http://www.fgw.at/publikationen/pdf/08/2008%202-3_einkaufszentren.pdf

Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit (Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000)

BGBl 1993/697 idF BGBl 1996/773, I 2000/89, I 2001/108, I 2001/151, I 2002/50, I 2004/84 (VfGH), I 2004/153, I 2005/14, I 2006/149, I 2008/2 und I 2009/87

Vorbemerkungen

Schrifttum: *Altenburger/Berger,* UVP-G[2] (2010); *Baumgartner/Petek,* UVP-G 2000 (2010); *Bußjäger,* Die Kompetenzen des Bundes zur Regelung der „Umweltverträglichkeitsprüfung" und „Bürgerbeteiligung", JBl 1995, 690; *Eberhartinger-Tafill/Merl,* UVP-G (2005); *Ennöckl,* Kompetenzrechtliche Grundlagen des UVP-G, in *Ennöckl/Raschauer* (Hrsg), UVP-Verfahren vor dem Umweltsenat (2008) 19; *Ennöckl/Raschauer,* Kommentar zum UVP-G[2] (2006); *Erbguth/Schink,* Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (1992); *Gladt,* Umweltverträglichkeitsprüfung – ein trojanisches Pferd im Rechtsstaat, ÖZW 1989, 97; *Hochhauser,* UVP neu: Verfahrensbeschleunigung dringend erforderlich, UdW 2009/2, 4; *Hoppe* (Hrsg), UVPG[3] (2007); *Klaffl,* Mehr Transparenz: Das neue Verfahrensmonitoring gemäß UVP-G, in *Furherr* (Hrsg), Anlagenrecht 2010 (2011) 89; *Köhler/Schwarzer,* Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (1997); *Madner,* Umweltverträglichkeitsprüfung, in *Merli/Greimel* (Hrsg), Optimierungspotentiale bei Behördenverfahren (2009) 79; *Madner,* Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz, Anwendungsvorrang und zuständige gerichtliche Kontrollinstanz, ZfV 2011, 1; *Mayer,* Bemerkungen zum „Entwurf eines Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes", ÖJZ 1990, 385; *Mayer,* Verwaltungsrecht vor neuen Voraussetzungen: Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung, AnwBl 1992, 356; *Meyer,* Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung, ÖJbPol 1993, 469; *Oberleitner,* Die Umweltverträglichkeitsprüfung, ecolex 1994, 790; *Pauger,* Umweltverträglichkeitsprüfung und ihre Einbindung in das bestehende Rechtssystem, ÖJZ 1984, 505; *Pauger,* Die Umweltverträglichkeitsprüfung im Spannungsfeld von Politik, Recht und Technik, ÖZW 1993, 2; *Petek,* Die UVP-G-Novelle 2009, RdU 2009, 148; *Peters/Balla,* UVPG[3] (2006); *Rose/Frank,* Umweltverträglichkeitsprüfung für Bundesstraßen im Lichte von Public Governance, in *Bauer/Biwald/Dearing* (Hrsg), Gutes Regieren – Konzepte – Realisierungen – Perspektiven (2011) 462; *B. Raschauer,* Umweltverträglichkeitsprüfung und Genehmigungsverfahren, ZfV 1992, 100; *B. Raschauer,* Kommentar zum UVP-G (1995); *Schäfer/Onz,* Umweltverträglichkeitsprüfung (1988); *Schmelz,* Gesucht: Optimierungspotenziale in der UVP, in *Furherr* (Hrsg), Anlagenrecht 2010 (2011) 101; *Schmelz/Schwarzer,* Investitionshemmnis Betriebsanlagenrecht – dringendster Reformbedarf beim UVP-Gesetz, UdW 1996/6, 5; *Schwarzer,* Die Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Betriebsanlagengenehmigungsrecht, ZfV 1992, 107; *Schwarzer,* Die Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz-Novelle 2009 zwischen Verfahrensbeschleunigung und Klimaschutz, ÖZW 2009, 114.

Rechtsprechung: VfGH 28. 06. 2011, B 254/11-18.

VwGH 30. 09. 2010, 2010/03/0051.

Übersicht

	Rz
I. Das UVP-G – immer noch „wild umstritten"?	1 – 4
II. Zweck und Grundausrichtung der UVP	5 – 9

III. Historische Entwicklung . . . . . 10 – 15
IV. Unionsrechtliche und völkerrechtliche Grundlagen . . . . . 16 – 23
V. Bundesverfassungsrechtliche Grundlagen . . . . . 24 – 25
VI. Einordnung der UVP in das Projektzulassungsrecht . . . . . 26 – 30
VII. Rechtsquellen des österr UVP-Rechts . . . . . 31 – 34
VIII. Innere Struktur des UVP-G . . . . . 35 – 37
IX. Das UVP-Recht als Rahmen für Verfahrensmanagement . . . . . 38 – 40
X. Erfahrungen zum Vollzug des UVP-G . . . . . 41 – 50
A. Verfahrensdauer . . . . . 42 – 45
B. Anzahl und Arten der Verfahren . . . . . 46 – 49
C. Verteilung der Genehmigungsverfahren auf Sektoren 50
XI. Versuch einer kritischen Würdigung . . . . . 51 – 56
XII. Ausblick . . . . . 57 – 60

I. Das UVP-G – immer noch „wild umstritten"?

1 Die Entstehungsgeschichte des österr UVP-G war von einer kritischen rechtspolitischen Debatte geprägt. Mehrere Anläufe zu einem solchen Gesetz scheiterten. **Verfassungspolitische Bedenken** wegen des schwerwiegenden Eingriffs in Länderkompetenzen (*Pauger,* ÖJZ 1984, 505; *Mayer,* ÖJZ 1990, 385) mischten sich mit der Sorge, ein bürokratisches Monster zu gebären, das das „rien ne va plus" bei Investitionsvorhaben rechtlich institutionalisiere.

2 Vieles spricht dafür, dass das österr UVP-G seine Erlassung im Jahr 1993 schlicht der sich abzeichnenden **europarechtlichen Notwendigkeit** eines Beitrittskandidaten verdankt (vgl *Baumgartner/Petek,* UVP-G 19). Denn erst als sich der österr Beitritt zur EU (damals EG) und zuvor noch zum EWR konkretisierte, nahm der Gesetzgebungsprozess Fahrt auf.

3 Nun hat das UVP-G bereits mehrere Jubiläen hinter sich, aber immer noch scheiden sich an ihm die Geister. Mehrmals war der Gesetzgeber – auf österr wie auf Unionsebene – um Nachbesserungen bemüht. Per Saldo ist es dadurch stringenter und reifer geworden, die Problemzonen sind aber nicht verschwunden. Das **Ringen um ausgewogene Positionierung** des UVP-G im breiten Spektrum zwischen Verhinderung und Durchdrücken von Projekten bricht immer wieder durch.

4 Die folgenden Anmerkungen versuchen die grundsätzliche Ausrichtung des heutigen UVP-G vor dem historischen, rechtssystematischen, europarechtlichen und verfassungsrechtlichen Hintergrund zu erklären.

II. Zweck und Grundausrichtung der UVP

5 Zweck der UVP ist eine **integrative Prüfung** und Bewertung aller Umweltauswirkungen eines Vorhabens unter **Beteiligung der Öffentlichkeit,** und zwar vor der Entscheidung über die behördliche Genehmigung dieses Vorhabens. Der erweiterte Betrachtungsrahmen, aus dem kein Umweltaspekt a priori ausgeschlossen werden darf, soll sicherstellen, dass für die Entscheidung über Zulassung, Vorschreibung von Auflagen und sonstigen begrenzenden Nebenbestimmungen oder Nichtzulassung adäquate fachliche Grundlagen vorliegen und die Betroffenen Gelegenheit haben, sich umfassend und detailliert zu informieren und Bedenken vorzubringen. In der Ganzheitlichkeit und Vollständigkeit der Prüfung wurde und wird im Zusammenwirken mit der Publizität des

Prozesses der umweltpolitische Mehrwert gesehen, der das UVP-G von den sektoral ausgerichteten Umweltschutzgesetzen abhebt (vgl *Peters/Balla,* UVPG[3] Einleitung Rz 1; *Hoppe,* UVPG[3] Vorbemerkungen Rz 5; *Erbguth/Schink,* UVP Einl Rz 8 und 15). Die Gewinnung und Aufbereitung validen Informationsmaterials und die Verfahrensführung nach rechtlichen Maßstäben sollen darüber hinaus die Akzeptanz der Entscheidung stützen. Diesem Ziel kann auch die Frühzeitigkeit des Einsetzens der UVP – keine behördliche Bewilligung darf vorweg erteilt werden – zugeordnet werden.

Diese Prüfung geht über die sonst vorgesehenen Verfahren und Beurteilungsmaßstäbe weit hinaus, und nimmt damit in der Pyramide der Anlagen- und Projektzulassungsverfahren die höchste Stelle ein.

6 Für den Projektwerber und die Behörden ergibt sich aus der Tiefe und Breite der erheblich größere **Untersuchungsgegenstand** sowie aus der erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung ein wesentlich höherer **Verfahrensaufwand.** Für den Projektwerber kommt hinzu, dass er eines der wesentlichen Elemente der UVP selbst vorlegen muss, nämlich die UVE, welche die Umweltauswirkungen des Vorhabens darstellt und bewertet.

7 Als Kompensation für den erhöhten Verfahrensaufwand, der zum Teil dem Charakter der Vorhaben und der Natur der UVP entspringt, zum Teil aber von der konkreten Ausgestaltung und Handhabung des Instruments abhängt, hat sich der österr Gesetzgeber auf Drängen der WKÖ dazu entschieden, dass die UVP Teil eines behördlichen Genehmigungsverfahrens ist, dessen abschließender Bescheid – so er positiv ausfällt – sämtliche sonst erforderlichen behördlichen Bewilligungen ersetzt. „Durch die Entscheidungskonzentration wurde ein für Österreich bisher nie erreichter Fortschritt gewagt", meinte dazu *B. Raschauer* (UVP-G Einleitung; lobend auch *Baumgartner/Petek,* UVP-G 30; eingehend zur Genesis der **Entscheidungskonzentration** *Meyer,* ÖJbPol 1993, 469). Dem zeitlichen Mehraufwand des UVP-Verfahrens soll somit ein Zeitgewinn durch Wegfall nachfolgender Genehmigungsverfahren nach anderen Rechtsvorschriften gegenüberstehen.

8 Das UVP-G ist nicht durch die Scheuklappe zu betrachten, dass es hier nur um die Optimierung des Umweltschutzaspekts geht. In verschiedenen Regelungen, etwa auch bei der Begrenzung der Verfahrensdauer und beim Erfordernis des Zeitplans, wird das legislative Bemühen sichtbar, die UVP auch aus Investorensicht attraktiv zu gestalten. Zweck des UVP-G ist es nicht, Investitionsvorhaben zu verhindern oder nur noch die Optimalversion eines Vorhabens zuzulassen (*Schwarzer,* ZfV 1992, 114). Dazu steht nicht im Widerspruch, dass die UVP als Planungsinstrument zur Optimierung von Vorhaben wirken soll (ein Aspekt, den *Baumgartner/Petek,* UVP-G 21 hervorheben). Nach wie vor gilt aber, dass Antragsteller ein Recht auf Genehmigung des eingereichten Vorhabens unter den gesetzlichen Voraussetzungen haben und die Genehmigungsbehörde das Vorhaben nur nach Maßgabe der gesetzlichen Anforderungen einschränken darf. Der **Balancegedanke** ist bei der Auslegung von Einzelvorschriften nicht aus den Augen zu verlieren; sich bei der Auslegung einseitig auf den Umweltschutzgedanken zu berufen, wie dies mitunter in Bescheiden des US anklingt, erscheint daher unangebracht.

9 Das Ziel, ein anspruchsvolles Prüfverfahren bereitzustellen, um die Umweltverträglichkeit von Vorhaben umfassend einschätzen zu können und daraus entsprechende

Konsequenzen für die Genehmigungsentscheidung abzuleiten, soll dadurch gerechtfertigt werden, dass diesem Regelungsregime nur die hinsichtlich ihrer potenziellen Umweltauswirkungen relevantesten Vorhabenstypen unterstellt werden. Aufgabe des Gesetzgebers war es demnach, Kriterien für die Auswahl dieser Vorhabenstypen zu normieren, die die potenziellen Umweltauswirkungen einigermaßen treffsicher abbilden, um zu vermeiden, dass „mit Kanonen auf Spatzen geschossen" wird. Durch **detaillierte Kataloge von Vorhabenstypen** im Anhang des Gesetzes, die mit Schwellenwerten und mit sonstigen Kriterien versehen sind, versucht der Gesetzgeber sicherzustellen, dass die unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit wesentlichen (Groß)Vorhaben erfasst sind und die übrigen Vorhaben wie bisher den für sie vorgesehenen materiengesetzlichen Bewilligungsanforderungen vorbehalten bleiben.

III. Historische Entwicklung

10 Das Instrument der UVP kommt aus den **USA,** wo es als Environmental Impact Assessment bekannt war (vgl *Peters/Balla,* UVPG[3] Einleitung Rz 2; *Erbguth/Schink,* UVP Einl Rz 25; *Schäfer/Onz,* UVP 16; *Baumgartner/Petek,* UVP-G 20; *B. Raschauer,* UVP-G Einleitung). Wie bei der heute in Europa geläufigen Ausprägung war auch dort die Verknüpfung des breiten Themenansatzes mit der Öffentlichkeitsbeteiligung charakteristisch. Ein Unterschied zwischen der Frühform und der heute in Europa geltenden Form besteht aber darin, dass heute in Europa eine hochentwickelte, umfassende Umweltschutzgesetzgebung ein dicht gespanntes Netz einschränkender Genehmigungsstandards bereit hält.

11 Noch bevor die damaligen Europäischen Gemeinschaften Gesetzgebungskompetenzen für Umweltschutz erhielten, wurde das Instrument der UVP in das Gemeinschaftsrecht aufgenommen und **1985** als **UVP-RL** erlassen. Damals war der Gedanke verbreitet, die UVP diene durch Einebnung des Umweltschutzkostengefälles zwischen den MS der Wettbewerbsgleichheit; ein Gedanke, der der Entwicklung der EU-Umweltpolitik bis zur vertraglichen Verankerung ihrer umweltpolitischen Kompetenz durch die Europäischen Einheitlichen Akte Pate stand.

12 In Österreich gab es, angestoßen von den Ereignissen rund um das Kraftwerksvorhaben bei Hainburg im Dezember 1985, schon in den 80er-Jahren ein Tauziehen um die gesetzliche Verankerung einer UVP (Einzelheiten bei *Meyer,* ÖJbPol 1993, 469; *B. Raschauer,* UVP-G Einleitung; *Köhler/Schwarzer,* UVP-G Einführung Rz 1 ff; *Baumgartner/Petek,* UVP-G 27). Getragen wurden diese Bestrebungen von der **Umweltpolitik.** Ihnen stellten sich aber massive Bedenken in den Weg, die dem vorgeschlagenen Gesetz schwerwiegende Eingriffe in die Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern und die Verhinderung von Projekten durch neue bürokratische Hürden vorhielten (vgl zB *Bußjäger,* JBl 1995, 690 ff; *Gladt,* ÖZW 1989, 100 ff; *Mayer,* ÖJZ 1990, 385 ff; *Mayer,* AnwBl 1992, 356 ff; *Oberleitner,* ecolex 1994, 794).

13 Erst durch die Anfang der 90er-Jahre absehbare Verpflichtung Österreichs, nach vollzogenem Beitritt zur **europäischen Integration** ein UVP-G zu schaffen, erlahmte der Widerstand und verlagerte sich die Debatte mehr auf die inhaltliche Ebene mit der Fragestellung, wie die UVP in die schon damals weit entwickelte und fein ziselierte österr Umweltgesetzgebung integriert werden könnte.

1993 wurde schließlich ein **UVP-G** erlassen, das mit der RV vom Oktober 1991 (269 BlgNR 18. GP) und der Vielzahl von Vorentwürfen wenig gemeinsam hatte. Der wesentliche Unterschied bestand darin, dass im Gesetz selbst – zumindest für den größeren Teil des Anwendungsbereichs – die UVP als Teil eines vollkonzentrierten Genehmigungsverfahrens mit dem US als weisungsfreier Rechtsmittelbehörde etabliert wurde. Längere Zeit waren die partizipativen Bemühungen (Bürgerbeteiligung) und die inhaltlichen Prüfambitionen (UVP) in der legistischen Vorbereitung getrennte Wege gegangen; im finalen Gesetzesbeschluss fanden sie zueinander. **14**

Seither wurde das UVP-G oft und teilweise auch **tiefgreifend überarbeitet.** Die Novellen dienten dazu, Vollzugserfahrungen einzuarbeiten und Fehlentwicklungen zu begegnen. Exemplarisch sei dafür die UVP-G-Nov 2000 genannt, deren erklärtes Ziel es war, Verfahren von manchen Einschnürungen durch ein zu enges Korsett zu befreien und damit zu beschleunigen und die Verfahrensdauer wieder ins Lot zu bringen. Nicht gering war aber auch der Druck vonseiten des Unionsrechts (*Peters/Balla,* UVPG[3] Einleitung Rz 3), das immer wieder – so 2000, 2004 und 2009 – Anpassungsschübe auslöste (vgl zur UVP-G-Nov 2004 *Eberhartinger-Tafill/Merl,* UVP-G 10; zur UVP-G-Nov 2009 *Baumgartner/Petek,* UVP-G 25). Mehrfach verschob das UVP-Regime die Grenzen zum herkömmlichen Projektzulassungsrecht zu seinen Gunsten, wodurch letztlich auch das anfangs unter dem Dach des UVP-G neben der UVP bestehende Instrument der Bürgerbeteiligung sein „Habitat" verlor (begrüßend *Eberhartinger-Tafill/Merl,* UVP-G 9). Für die Agrarreformvorhaben wurde 2000 das Prinzip der Einheitlichkeit des UVP-Rechts über alle Projektarten durch ein eigenständiges UVP-Regime im Flurverfassungsrecht durchbrochen. **15**

IV. Unionsrechtliche und völkerrechtliche Grundlagen

Die **UVP-RL** stammt aus dem Jahr 1984. Mangels materieller Regelungen in den meisten Kernbereichen des Umweltrechts sollte die UVP-RL einerseits als Querschnittrichtlinie, andererseits als Verfahrensrichtlinie, die alle Umweltmedien und Einwirkungsarten betrifft, das **Umweltschutzniveau** der mitgliedstaatlichen Gesetzgebungen vorantreiben. Die Verpflichtung, Fakten auf den Tisch zu bringen und einer öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, sollte die faktische Durchsetzung bestehender Umweltschutznormen erleichtern und die Behebung gesetzlicher Schutzdefizite unterstützen (die Zielsetzung der Anhebung des Umweltschutzniveaus betonen auch *Baumgartner/Petek,* UVP-G 30). **16**

Als Mindest- oder Rahmenrichtlinie sollte die UVP-RL den MS Freiraum bei der Umsetzung ins nationale Recht lassen. Die **Mindestinhalte,** die jeder MS umsetzen musste, waren damals und sind heute im Wesentlichen die Verpflichtung des Projektwerbers, eine UVE (deren Mindestinhalte vorgegeben waren) vorzulegen, die Beteiligung von Nachbarstaaten, von Behörden und der Öffentlichkeit sowie die Berücksichtigung der Ergebnisse der UVP bei der Genehmigungsentscheidung. **17**

In der Zwischenzeit wurde die Stringenz des UVP-Rechts der EU in mehrfacher Weise **verschärft:** Die Ermessensspielräume der MS bei der Festlegung der UVP-pflichtigen Vorhaben wurden reduziert, der obligatorische Anwendungsbereich wurde erweitert und die Erfordernisse der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden deutlich ausgebaut. Dafür waren die UVP-ÄndRL 1997 und die ÖB-RL verantwortlich. **18**

Schmelz/Schwarzer

UVP-G

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000

In der Pipeline des UVP-Verfahrens befinden sich Investitionen im Ausmaß von mehreren Milliarden Euro. Sie mit den Erfordernissen des Umweltschutzes in Einklang zu bringen, ist die Aufgabe des UVP-Gesetzes. Nach fast 20 Jahren Vollzug ist ein reichhaltiges Bouquet von Rechtsfragen aus der Praxis zu beantworten. Aus ihrer Erfahrung schöpfend präsentieren die Autoren Gestaltungsspielräume für ein professionelles Projekt- und Verfahrensmanagement.

Der Kommentar bietet:

- Rechtsprechung aufgegliedert nach Gerichten
- Bestechende Systematik:
  - verständliche Kurzübersicht
  - historische Entwicklung
  - unionsrechtliche Vorgaben
  - tiefschürfende, systematisch gegliederte Anmerkungen zur Gesetzesinterpretation
  - Dokumentation der Materialien und Regelwerke
- Technische Anhänge: ausführlich kommentiert
- Text der UVP-Richtlinie

Dr. **Christian Schmelz** ist Partner der Schönherr Rechtsanwälte GmbH und Universitätslektor an der Universität Wien. Er ist seit Inkrafttreten des UVP-G mit UVP-Verfahren in der Praxis intensiv befasst und wiederholt auch in die Legistik eingebunden.
Dr. **Stephan Schwarzer** ist Universitätsdozent an der Wirtschaftsuniversität Wien mit Schwerpunkt Umweltrecht und Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik der Wirtschaftskammer Österreich. Seit Beginn ist er als Experte an der UVP-Gesetzgebung beteiligt.

ISBN 978-3-214-08112-6

uvpg-on.manz.at